

BEITRITTSANTRAG ZUR BETRIEBLICHEN VORSORGE BEI DER ALLIANZ VORSORGEKASSE AG



Hietzinger Kai 101-105, 1130 Wien
Kassenleitzahl 71500

servicekasse@allianz.at
allianzvk.at
Serviceline: +43 (0) 5 9009-88750

Die unten angeführte Rechtsanwältin der unten angeführte Rechtsanwalt – in der Folge als „Antragsteller“ bezeichnet – schließt einen Beitrittsvertrag gemäß Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz (BMSVG) mit der Allianz Vorsorgekasse AG.
Hinweis: Ein Abschluss dieser freiwilligen Selbständigenvorsorge ist nur innerhalb des ersten Jahres ab Aufnahme der Tätigkeit möglich.

PERSÖNLICHE ANGABEN (FREIWILLIGE SELBSTÄNDIGENVORSORGE)

<input type="checkbox"/> männlich	<input type="checkbox"/> weiblich	Vorname:	Nachname:
Geburtsdatum:		Sozialversicherungsnummer:	
Adresse (Straße, PLZ, Ort, Land):			
E-Mail:		Telefon:	

SEPA LASTSCHRIFTMANDAT

CREDITOR-ID: AT86VKZ00000005469

Ich ermächtige die Vorsorgekasse, Zahlungen von meinem Konto mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Vorsorgekasse auf mein Konto eingezogenen SEPA-Lastschrift einzulösen. Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Eine Lastschrift muss dem Zahlungspflichtigen angekündigt werden (Pre-Notification). Ich stimme zu, dass die 14-tägige Frist für die Vorabinformation (Pre-Notification) auf 5 Tage vor Belastung des Kontos verkürzt wird.

Name und Anschrift des Zahlungspflichtigen

Kontoführendes Institut

BIC

IBAN

ANGABEN ZUR KANZLEI (MITARBEITERVORSORGE)

Firma:	
Adresse (Straße, PLZ, Ort, Land):	
Kontaktperson:	Aufgabenbereich:
E-Mail:	Telefon:
Firmenbuchnummer:	Mitarbeiteranzahl:
Beitragskontonummer(n) und	zuständige Krankenkassen:

Der Antragsteller verpflichtet sich, der Vorsorgekasse alle neuen Beitragskontonummern unter Anführung des Krankenversicherungsträgers unverzüglich schriftlich bekanntzugeben.

Folgende natürliche Person(en) (Name, Geburtsdatum) sind als wirtschaftliche/r Eigentümer des Unternehmens anzusehen:

Der Antragsteller nimmt die auf der Folgeseite angedruckten Informationen als Vertragsbestandteil zur Kenntnis.

Der Antragsteller übermittelt an die Vorsorgekasse die folgenden Vertragsbeilagen:

- Kopie/Foto eines amtlichen Lichtbildausweises aller unterzeichnenden Personen
- Nachweis über den aufrechten Eintrag in die Liste der Rechtsanwältin
- Evtl. Auszug aus dem Register der wirtschaftlichen Eigentümer

BEITRITTSANTRAG ZUR BETRIEBLICHEN VORSORGE BEI DER ALLIANZ VORSORGEKASSE AG



Hietzinger Kai 101-105, 1130 Wien
Kassenleitzahl 71500

servicekasse@allianz.at
allianzvka.at
Serviceline: +43 (0) 5 9009-88750

Der Antragsteller verzichtet zugunsten einer elektronischen Übermittlung an die angegebene E-Mail-Adresse auf eine postalische Zusendung der Abschlussbestätigung.

ja nein

Vollmacht zum Wechsel der Vorsorgekasse:

Der Antragsteller beauftragt die Allianz Vorsorgekasse AG, alle auf ihn lautenden aufrechten Beitrittsverträge mit anderen Betrieblichen Vorsorgekassen (sowohl Mitarbeitervorsorge als auch Selbständigenvorsorge) ohne sein weiteres Zutun innerhalb der gesetzlichen Vorgaben zu kündigen und auf die Sicherstellung der Übertragung des Vermögens an die Allianz Vorsorgekasse AG hinzuwirken.

ja nein

Ort, Datum

✕

Unterschrift Betreuer

✕

Unterschrift Rechtsanwalt

Nummer des Vermittlers

Firmenmäßige Zeichnung des Unternehmens
(Mitarbeitervorsorge)

ANGABEN GEM. § 11 ABS. 2 BZW. § 53 ABS. 3 BZW. § 65 ABS. 2 BMSVG

GRUNDSÄTZE DER VERANLAGUNGSPOLITIK

Für die Veranlagung des Vermögens der Veranlagungsgemeinschaft sind sämtliche Veranlagungsformen des § 30 BMSVG zulässig. Die Kasse achtet bei der Auswahl der Veranlagungsinstrumente im Interesse der Anwartschaftsberechtigten auf die Sicherheit, Rentabilität, Liquidität und angemessene Streuung sowie auf die angemessene Deckung der Verbindlichkeiten durch Vermögenswerte. Die Kasse bekennt sich zu Grundsätzen der nachhaltigen Geldanlage und achtet bei der Auswahl der Veranlagungsinstrumente auf deren ökologischen und/oder sozialen Impact. Der Schwerpunkt liegt daher auf Investitionen in Unternehmen und Staaten, die verantwortungsvoll mit der Umwelt, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Gesellschaft umgehen.

KÜNDIGUNG UND EINVERNEHMLICHE BEENDIGUNG DES BEITRITTSVERTRAGES

Eine Kündigung des Beitrittsvertrags durch den Arbeitgeber, die Arbeitgeberin bzw. die selbständig tätige Person oder durch die Kasse oder einvernehmliche Beendigung des Beitrittsvertrags ist nur rechtswirksam, wenn die Übertragung der Abfertigungsanwartschaften bzw. Anwartschaften auf Selbständigenvorsorge auf eine andere Kasse sichergestellt ist.

Dies wird der Kasse durch eine entsprechende Erklärung seitens der übernehmenden Kasse nachgewiesen. Die Kündigung oder einvernehmliche Beendigung des Beitrittsvertrags kann rechtswirksam nur für alle von diesem Beitrittsvertrag erfassten Anwartschaftsberechtigten gemeinsam erfolgen. Die Kündigung oder einvernehmliche Beendigung des Beitrittsvertrags darf nur mit Wirksamkeit zum Bilanzstichtag der Kasse ausgesprochen werden. Die Frist für die Kündigung des Beitrittsvertrags beträgt sechs Monate. Für Beitrittsverträge, die gemäß gesetzlichem Zuweisungsverfahren abgeschlossen wurden, beträgt die Frist für Kündigungen – ab Vertragsabschluss bis zum übernächsten Bilanzstichtag der Kasse – drei Monate. Die einvernehmliche Beendigung des Beitrittsvertrags wird frühestens zu dem Bilanzstichtag der Kasse wirksam, der zumindest drei Monate nach der Vereinbarung der einvernehmlichen Beendigung des Beitrittsvertrags liegt.

HÖHE DER VERWALTUNGSKOSTEN GEM. § 29 ABS. 2 Z 5 BMSVG

Die Kasse zieht von den hereinkommenden Beiträgen Verwaltungskosten ab, deren Höhe nach Beitragsjahren gestaffelt ist.

Die Beitragsjahre setzen sich aus Zeiten der Zugehörigkeit des Anwartschaftsberechtigten und der Anwartschaftsberechtigten zur Kasse zusammen, wobei Beitragsjahre aus mehreren Dienstverhältnissen nicht zusammengerechnet werden. Dies bedeutet, dass Anwartschaften aus der Mitarbeitervorsorge und der Selbständigenvorsorge auch nicht zusammengerechnet werden.

- In den ersten fünf Beitragsjahren betragen die Verwaltungskosten 2,2 %;
- im sechsten bis inklusive dem zehnten Beitragsjahr betragen die Verwaltungskosten 1,8 %;
- beginnend mit dem elften Beitragsjahr betragen die Verwaltungskosten 1,5 %.

Ist ein Verwaltungskostensatz von 1,5 % erreicht, so erfolgt keine weitere Reduktion mehr.

Für Abfertigungsbeiträge zur Selbständigenvorsorge, die für die **Kalenderjahre 2015 bis inkl. 2024** geleistet werden gilt folgende Staffel, wobei sich die Beitragsjahre nach dem zweiten und dritten Satz dieses Punktes bestimmen:

- In den ersten fünf Beitragsjahren betragen die Verwaltungskosten 1,9 %;
- Im sechsten bis inklusive dem zehnten Beitragsjahr betragen die Verwaltungskosten 1,4 %.
- Beginnend mit dem elften Beitragsjahr betragen die Verwaltungskosten 1 %.

Die einer übertragenen Altabfertigungsanwartschaft oder einer Übertragung gem. § 12 BMSVG zugrundgelegten Dienstzeiten werden in der oben angeführten Staffel als Beitragsjahre berücksichtigt. Ist ein Verwaltungskostensatz von 1,5 % erreicht, so erfolgt keine weitere Reduktion mehr.

Für Beiträge zur Mitarbeitervorsorge oder Selbständigenvorsorge, die für die Kalenderjahre 2015 bis inkl. 2024 geleistet werden, gilt folgende Staffel, wobei sich die Beitragsjahre nach dem zweiten und dritten Satz dieses Punktes bestimmen:

- In den ersten fünf Beitragsjahren betragen die Verwaltungskosten 1,9 %;
- Im sechsten bis inklusive dem zehnten Beitragsjahr betragen die Verwaltungskosten 1,4 %.
- Beginnend mit dem elften Beitragsjahr betragen die Verwaltungskosten 1 %.

Die einer allfälligen übertragenen Altabfertigungsanwartschaft oder einer Übertragung gem. § 12 BMSVG zugrundgelegten Dienstzeiten werden in den oben angeführten Staffeln als Beitragsjahre berücksichtigt. Ist ein Verwaltungskostensatz von 1 % erreicht so erfolgt keine weitere Reduktion mehr.

Wird eine Altabfertigungsanwartschaft übertragen (§ 47 BMSVG oder gleichartige österreichische Rechtsvorschriften), so verzichtet die Kasse auf einen Kostenbeitrag hierfür. Die Kasse verzichtet auf die Verrechnung von Depotgebühren und Bankspesen. Von den Veranlagungserträgen behält die Kasse eine Vergütung für die Vermögensverwaltung ein, die 0,7 % pro Geschäftsjahr des veranlagten Vermögens ausmacht. Wenn die Veranlagungserträge eines Geschäftsjahres für die Vergütung nicht ausreichen, ist eine Belastung des Vermögens der Mitarbeitervorsorge oder Selbständigenvorsorge ist nicht zulässig.

Die Übertragung der Anwartschaft von einer Kasse auf eine andere Kasse sowie die Auszahlung der Anwartschaft hat durch die übertragende und übernehmende oder auszahlende Kasse verwaltungskostenfrei zu erfolgen. Im Zuge der Überweisung oder Auszahlung anfallende Barauslagen wie Bankspesen, Kosten einer Postanweisung oder Ähnliches dürfen jedoch verrechnet und einbehalten werden. Die gesetzlich vorgesehenen Vergütungen der Sozialversicherungsträger werden nach Maßgabe des BMSVG als Barauslage verrechnet.

MELDEPFLICHT GEMÄSS BMSVG

Der Arbeitgeber und die Arbeitgeberin bzw. die selbständig tätige Person sind verpflichtet, der Kasse über alle für das Vertragsverhältnis und für die Verwaltung der Anwartschaft sowie für die Prüfung von Auszahlungsansprüchen maßgebenden Umstände unverzüglich wahrheitsgemäß Auskunft zu erteilen. Die Meldungen sind nach Vorgabe der Kasse zu gestalten und zu übermitteln. Die Anspruchsprüfung erfolgt ausschließlich auf Grundlage der von den Sozialversicherungsträgern zur Verfügung gestellten Daten.

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Streitigkeiten aus diesem Vertrag sind vor dem sachlich zuständigen Gericht in Wien auszutragen. Auf nicht geregelte Punkte finden die entsprechenden österreichischen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere das BMSVG, Anwendung.

Der Antragsteller und die Antragstellerin bestätigen, dass keine Nebenabreden getroffen wurden und dass in diesem Formular alles, was beantragt wurde, auch schriftlich festgehalten wurde. Rechtliche Änderungen, die auf Anordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde oder des Bundesministeriums für Finanzen zu erfolgen haben, entfalten ihre Wirksamkeit auf diesen Vertrag. Der Antragsteller und die Antragstellerin bzw. deren Treuhänder haften für die vollständige und wahrheitsgemäße Angabe aller gemäß FM-GwG erforderlichen Daten (siehe Vorderseite) und sind verpflichtet, der Kasse alle diesbezüglichen Änderungen während aufrechter Geschäftsbeziehung von sich aus unverzüglich schriftlich mitzuteilen.